

Postkartenaktion gegen Umsatzsteuerbelastung des Freiwilligen Sozialen Jahres

Stuttgart – Die Träger des Freiwilligen Sozialen Jahres (FSJ) im Sport haben Bundesfinanzminister Peer Steinbrück dringend aufgefordert, eine Alternative zur Umsatzsteuerbelastung der Jugendfreiwilligendienste zu finden. Auch die Baden-Württembergische Sportjugend im Landessportverband Baden-Württemberg e. V. unterstützt dieses Bemühen. Zur Bekräftigung dieser Forderung haben die sechzehn Sportjugenden in den Landessportbünden als Träger des FSJ im Sport alle Freiwilligen und ihre Einsatzstellenleiter aufgerufen, eine vorgedruckte Postkarte gegen die geplante finanzielle Belastung zu unterzeichnen und an Peer Steinbrück zu senden. Damit machen die Jugendlichen und ihre Betreuer deutlich, dass das FSJ im Sport als Bildungs- und Orientierungsjahr Jugendlichen berufliche Chancen eröffnet und Sportvereine unterstützt.

„Mit der Umsatzsteuerpflicht steigen die Beiträge, die die Einsatzstellen für ihre Freiwilligen zahlen müssen, um ein Fünftel“, erklärt Monica Wüllner, Vorsitzende der BWSJ und LSV-Präsidiumsmitglied. „Wir bedauern es sehr, schon jetzt vielen Bewerbern keinen Platz anbieten zu können. Wenn nun Sportvereine wegen der höheren Kosten abspringen, können wir gerade in der Wirtschaftskrise noch weniger junge Menschen durch ein FSJ unterstützen.“

Die Deutsche Sportjugend unterstützt diese Aktion in der Erwartung, dass der Bundesfinanzminister noch einmal nach einer Lösung sucht, die auch die besonderen Bedürfnisse der Sportorganisation berücksichtigt.

*Landessportverband Baden-Württemberg, Anke von Haaren, Referat Öffentlichkeitsarbeit,
Tel.: 0711/28077-858, Fax: 0711/28077-879, a.vonhaaren@lsvbw.de*